

Stellvertretender CDU-Chef für mehr Zuwanderung

Berlin, 13.05.2013, 02:00 Uhr

GDN - Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet verlangt deutliche Änderungen in der deutschen Einwanderungspolitik. Anlässlich des Demografiegipfels sagte Laschet der "Süddeutschen Zeitung" (Montagsausgabe): "Wir brauchen mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften."

Dabei gehe es ihm vor allem um Menschen aus Nicht-EU-Staaten. Deutschland dürfe "nicht mehr signalisieren: Eigentlich wollen wir keine Zuwanderer". Die Bundesrepublik müsse deshalb ihre "kollektive Körpersprache ändern". Der CDU-Vize sagte, er könne "sich vorstellen, dass die Forderung auch ins Wahlprogramm der Union für die Bundestagswahl einfließt". Er glaube nicht, "dass sie strittig ist". Als Vorsitzender der NRW-CDU ist Laschet auch Chef des mächtigsten Landesverbandes der CDU. Die Bundesregierung veranstaltet an diesem Dienstag ihren zweiten Demografiegipfel. Dort werden Kanzlerin Angela Merkel, Innenminister Hans-Peter Friedrich und Finanzminister Wolfgang Schäuble auftreten. Beim ersten Gipfel 2012 waren lediglich Arbeitsgruppen eingesetzt worden. Laschet sagte der SZ, es sei zwar "gut und richtig", dass es den Demografiegipfel gebe. Aber jetzt müsse man "endlich von der Symbolik solcher Gipfel hin zu konkreten Ergebnissen kommen". Dazu gehöre "zum Beispiel ein fest institutionalisierter Dialog, etwa eine Konferenz aller für Demografie zuständigen Minister von Bund und Ländern". Außerdem sollte der Gipfel "nicht nur soziale und rentenpolitische Fragen erörtern, sondern sich auch mit der volkswirtschaftlichen Dimension, etwa beim Fachkräftemangel beschäftigen". Neben einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und höheren Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere brauche Deutschland "jetzt auch eine wirtschaftspolitische Strategie". In absehbarer Zeit würden jährlich eine Million Menschen aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Diese Zahl könne nicht ohne Zuwanderung ersetzt werden. Er unterstütze deshalb auch die Forderung von FDP-Chef Philipp Rösler "nach einem Zuwanderungsgesetz, wie es die USA oder Kanada bereits haben". Wegen des ungewöhnlich starken Zuzugs aus Südeuropa würden manche das Problem gerade leider "etwas zur Seite schieben", sagte Laschet. Dies sei aber ein Fehler. Sobald die Euro-Krise nachlasse, werde die Zuwanderung aus Europa wieder zurückgehen. Vergangene Woche hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass 2012 fast eine Millionen Ausländer nach Deutschland gezogen sind - so viele, wie seit 20 Jahren nicht mehr. Zwei Drittel von ihnen kamen aus EU-Staaten. "Entscheidend ist aber auch die Welt außerhalb der EU", sagte der CDU-Vize. Innerhalb der Europäischen Union herrsche ja bereits Freizügigkeit. Deutschland brauche deshalb "Zuwanderung über den EU-Bereich hinaus". Dazu reiche es nicht aus, den Zugang zu erleichtern. "Wir haben immer die Vorstellung, wir ändern ein Gesetz und dann kommen auch die Menschen - so ist es aber nicht." Die Qualifizierten in der Welt könnten sich aussuchen wo sie hingehen. Deshalb sollten sich künftig auch "die Botschaften, Konsulate, Außenhandelskammern und Goethe-Institute aktiv um Anwerbung kümmern". "Sie müssen an Universitäten gehen und vor Ort um die besten Köpfe werben", sagte Laschet der SZ.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-13612/stellvertretender-cdu-chef-fuer-mehr-zuwanderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619